

ethische Bindung lässt sich hingegen kein Textbeleg finden.

Die Unterscheidung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung verweist schließlich auf ein grundsätzliches Problem, weil der Autor damit die Logik der Rekonstruktion verlässt und Zuflucht in der Subsumptionslogik sucht. In einem Exkurs entwickelt *Franke* diese Unterscheidung mit Rückgriff auf Tönnies, Weber, Simmel, Durkheim und Oevermann. Bei der empirischen Analyse trägt er dann diese Unterscheidung von außen an die zu untersuchenden Texte heran, anstatt sie von innen her aufzuschließen. Offenkundig sind die beiden Logiken nicht derart antagonistisch, wie *Franke* Glauben machen möchte. Dies ergibt sich schon bei der Erläuterung der objektiven Hermeneutik, wenn es etwa heißt, dass „Texte [...] in eine Ordnung gebracht werden [...]“ (55) oder „es werden möglichst vielfältige hypothetische Antworten [...] entworfen, welche Handlungen [...] sinnvoll und regelgeleitet angeschlossen werden können.“ (64) Woher diese Ordnungen oder Hypothesen stammen, bleibt leider unbeantwortet.

Auch dieses Problem bleibt in der empirischen Analyse nicht folgenlos, denn man vermisst die Rekonstruktion von Handlungsregeln aus dem NATO-Vertrag, die auf jene Passagen der geographischen und politischen Selbstbeschränkung oder auch der dienenden Rolle der NATO hinweisen. Somit ist der sinnvolle und regelgeleitete Anschluss von Handlungen unvollständig geblieben.

Insgesamt betrachtet ist dieses Buch ein sehr ambitionierter Versuch, eine neue Methodologie in die Internationalen Beziehungen einzuführen. Es bietet dafür sehr nützliche Hinweise und

zeigt beispielhaft das empirische Vorgehen auf. Dennoch sind erhebliche Zweifel angebracht, ob das erzielte Ergebnis den hohen Aufwand rechtfertigt und ob die Umsetzung immer widerspruchsfrei gelungen ist.

*Christian Tuschoff*

Riescher, Gisela (Hrsg.). *Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst. Perspektiven einer demokratischen Sicherheit*. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft 2010. 298 Seiten. 39 €.

Dass zuweilen zwischen Sicherheit und Freiheit in der Politik ein Spannungsverhältnis besteht, ist wohl nicht erst seit den Anschlägen des 11. September 2001 bekannt. In der Bundesrepublik wurde dies zuletzt nach diesen sowie den Anschlägen in Madrid und London einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Und sowohl Otto Schily als auch Wolfgang Schäuble haben bisweilen auf rechtsphilosophische Argumente zurückgegriffen, um die jeweils anstehenden Gesetze auch normativ begründen zu können. Demokratietheoretische Begründungen für die in der jüngsten Vergangenheit verabschiedeten Sicherheitsgesetze oder auch politologische Reflexionen auf Basis demokratietheoretischer Konzepte sind dagegen bis heute recht selten. Diese Lücke in der aktuellen Literatur versucht der von *Gisela Riescher* in der Reihe der „Freiburger Studien des Centre for Security and Society“ herausgegebene Sammelband zu füllen.

Das Buch selbst unterteilt sich in drei große Abschnitte. Im ersten Kapitel – „Terroristische Bedrohung und demokratischer Staat“ – wird zunächst von *Riescher* selbst das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in der politischen

Philosophie sowie speziell der Demokratietheorie diskutiert und die Ergebnisse mit der aktuellen Politik im Bereich der Inneren Sicherheit abgeglichen. Zutreffend merkt sie dabei an, dass das Thema Innere Sicherheit erst nach 2001 von der Politikwissenschaft (wieder) entdeckt wurde. Anschließend diskutiert *Pia Oppel* Ansätze zur Bekämpfung des Terrorismus. Zugleich gibt *Oppel* einen Überblick über den Stand der sozialwissenschaftlichen Terrorismusforschung. Ebenfalls im Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit ist der Beitrag von *Felix Göttler* angelegt, der vor allem auf die Begriffe Angst und Furcht in der politischen Theorie eingeht. Hierbei diskutiert *Göttler* auch die Frage, inwieweit Angst oder Furcht des Bürgers als Begründungen für staatliches Handeln geeignet sind. Der letzte Beitrag des ersten Kapitels stammt von *Kerstin Rönsch* und analysiert die Überlegungen Michael Ignatieffs zur Rechtfertigung von Kriegen. Hierbei geht *Rönsch* auch auf die Theorie der „Gerechten Kriege“ ein und arbeitet Unterschiede zwischen dieser, angesichts des Krieges gegen den Terror wieder aktuellen Lehre, und den Positionen Ignatieffs heraus.

Das zweite Kapitel des Bandes ist mit „Sicherheit und Freiheit“ überschrieben. Eingeleitet wird es mit einem Beitrag des Freiburger Staatsrechtslehrers *Thomas Würtenberger* und seines Assistenten *Steffen Tanneberger*, die den in aktuellen Debatten häufig genutzten Begriff der Sicherheitsarchitektur zunächst darstellen, um darauf aufbauend Ansätze für ein mögliches Forschungsprogramm zur Gestaltung einer zukünftigen Architektur der Inneren Sicherheit zu skizzieren. Hierbei gehen sie auch auf den Nutzen solcher

Forschung für die (politische) Umsetzung neuer Sicherheitsmaßnahmen ein und merken an, dass der rechtliche Rahmen für den Einsatz neuer Sicherheitstechniken viel zu häufig durch Karlsruher Rechtssprechung statt durch Berliner Rechtsetzung gestaltet werde. *Nina Pietschmann* diskutiert das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit anhand einzelgesetzlicher Maßnahmen, die in der Bundesrepublik in Folge des 11. September verabschiedet wurden. Hierzu gibt sie eine kurze ideengeschichtliche Einleitung und thematisiert einzelne rechts-theoretische Probleme. Auf dieser Basis widmet sie sich einzelnen Gesetzen, welche die Befugnisse der Sicherheitsbehörden in Deutschland zum Teil erheblich erweiterten. Abschließend geht *Pietschmann* auch auf den Wandel des Politikfeldes Innere Sicherheit ein und bilanziert, dass der Wandel seit dem 11. September nur schwer mit vorherigen Veränderungen vergleichbar ist. Der von *Faustin Vierrath* verfasste Beitrag untersucht das von Josef Isensee bereits 1982 in einem Vortrag ausgearbeitete Grundrecht auf Sicherheit und dessen Aktualität in der Rhetorik heutiger Sicherheitspolitiker. Hierzu geht sie auf rechtspolitische und verfassungstheoretische Grundlagen ein und kommt zu dem Schluss, dass es ein solches Grundrecht nicht geben könne. Den Abschluss des zweiten Kapitels bildet der Beitrag von *Lukas Becht*, der die Arbeiten von Benjamin Barber, Amitai Etzioni und Giovanni Sartori hinsichtlich ihrer Verwendungsmöglichkeit für eine demokratische Sicherheit untersucht.

Im dritten Kapitel – überschrieben mit „Bürger, Staat und Sicherheit“ – stehen vor allem Rechtsfragen im Mittelpunkt. *Jacob C. Mahncke* eröffnet die-

sen Abschnitt mit einer Untersuchung des von Günther Jakobs 1985 in einem Vortrag entwickelten und vor allem in Reaktion auf den 11. September überarbeiteten Feindstrafrechtskonzeptes. Neben der Darstellung der rechtstheoretischen Quellen dieser Idee findet sich auch der durchaus diskutable Verweis auf dessen praktische Anwendung in Guantanamo wieder. Zusammenfassend meint *Mahnke* jedoch, das ein solches Feindstrafrecht weder existieren könne, noch wünschenswert sei. Ist schon das Feindstrafrecht in der wissenschaftlichen Debatte umstritten, so haben die Vorschläge des Bonner Staatsrechtslehrer Otto Depenheuer zum Umgang mit der Bedrohung durch Terrorismus geradezu für Entrüstungen gesorgt. Diese Überlegungen zu rekonstruieren hat sich *Andrea Catharina Ruf* in Ihrem Beitrag zur Aufgabe gemacht. Hierbei stellt sie zunächst den Verlauf der Debatte um die von Depenheuer geforderte „Selbstbehauptung des Rechtsstaates“ dar. Anschließend vergleicht *Ruf* die Überlegungen Depenheuers mit der Anti-Terror-Politik der USA nach dem 11. September und kommt zum Ergebnis, dass hier recht weitgehende Gemeinsamkeiten existieren. *Christiane Lang* widmet sich den Ursprüngen der Menschenrechte und untersucht anschließend, wie diese im Krieg gegen den Terror an Relevanz verlieren konnten. Am Ende des Kapitels und damit am Schluss des Sammelbandes stehen Überlegungen von *Philippe Merz*, die den Begriff der Sicherheit sowie dessen philosophische und etymologische Ursprünge darstellen. Zugleich diskutiert *Merz* Fragen des Datenschutzes und dem auch dort problematischen Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit. Die Lektüre des vorliegenden Sammelbandes

hinterlässt beim Leser einen ambivalenten Eindruck. Einerseits gibt er eine interessante Perspektive auf Probleme des Politikfeldes Innere Sicherheit und wirft zu einzelnen Aspekten des Themas verschiedene, durchaus interessante Fragen auf. In editorischer Hinsicht stellt sich jedoch die Frage nach dem Verbindenden der hier gemeinsam veröffentlichten Arbeiten. So wird im Vorwort zwar gesagt, dass die im Band versammelten Beiträge das Ergebnis politikwissenschaftlicher Forschungs- und Lehrprojekte an der Freiburger Universität und am „Freiburger Centre for Security and Society“ sind. Allerdings entwickeln lediglich einzelne Arbeiten einen inhaltlichen Bezug zueinander, intuitiv ergibt sich dieser nur selten. Auf verbindende Punkte wird weder in den einleitenden Worten noch (mangels eines Fazits oder Resümee) am Ende des Bandes eingegangen. So bleibt zunächst nur das „Freiburger Centre for Security and Society“ als formale Gemeinsamkeit der Beiträge. Tatsächlich scheint der Großteil der im Sammelband vereinten Arbeiten im Rahmen eines Hauptseminars im Sommer 2009 am Freiburger Seminar für Wissenschaftliche Politik entstanden zu sein. Ohne Frage ist es ein spannender Ansatz, mit diesem Sammelband angehenden Wissenschaftlern schon früh die Möglichkeit zur Publikation zu geben – wünschenswert wäre allerdings ein Hinweis hierauf gewesen. Weiterhin fällt auf, dass die Beiträge von recht unterschiedlicher Qualität sind. Neben fundierten und informierteren Analysen wie beispielsweise den Arbeiten von *Pietschmann* oder *Rönsch* finden sich auch eher oberflächliche Aufsätze, welche das jeweils formulierte Problem nur ansatzweise durchdringen. So könnte man bei-

spielsweise die Überlegungen Depenheuers nicht nur hinsichtlich des normativen Gehaltes untersuchen, sondern auch die Belege Depenheuers von den in seinen Arbeiten angeführten Gewährsleuten der politischen Philosophie – etwas, was in einem in der politischen Theorie verorteten Buch zu erwarten wäre. Der Eindruck des zuweilen fehlenden Tiefgangs wird bei einzelnen Beiträgen dadurch verstärkt, dass Zitate unnötigerweise aus der Sekundärliteratur entnommen oder Artikel aus der Süddeutschen Zeitung oder der Welt als Belege für theoretische Überlegungen genutzt werden. Einige relevante sozialwissenschaftliche Arbeiten zur Sicherheit wurden dagegen zum Teil nicht oder nur unzureichend rezipiert. So findet sich der Verweis auf F.X. Kaufmanns Studie zur „Sicherheit als soziologischem und sozialpolitischem Problem“ beispielsweise in der Fußnote eines einzigen Beitrages – für einen politologischen Band zur Sicherheit eindeutig zu wenig.

So stellt sich nach der Lektüre des Bandes die Frage nach dem adressiertem Publikum: Die Mehrzahl der Beiträge reiht sich eher nicht in die aktuelle Forschung ein. Deshalb wäre der Sammelband wohl besser in einer Lehrbuchreihe verortet und würde so Studierenden in den ersten Semestern sowohl in der politischen Theorie als auch in der Innen- und Sicherheitspolitik auf aktuelle Probleme hinweisen. Hierbei könnte speziell der Beitrag von Würtenberger und Tanneberger als ein gelungenes Beispiel betrachtet werden, wie aus Überlegungen zu einem aktuellen politischen Begriff eine interessante Forschungsperspektive entwickelt werden kann.

Torsten Preuß

Roos, Ulrich. *Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010. 370 Seiten. 49,95 €.

Langsam, für meinen Geschmack zu langsam, aber immerhin stetig ist im letzten Jahrzehnt die Zahl politikwissenschaftlicher Analysen der deutschen Außenpolitik angewachsen. Mindestens zwei Gründe sprechen dafür, dass ihr vermehrt kritisch-systematische Aufmerksamkeit gebührt. Erstens ist die Außenpolitik (in enger Wechselwirkung mit der Außenwirtschafts- und der Sicherheitspolitik) für die Entwicklung Deutschlands in seiner globalen Vernetzung (noch) wichtiger geworden. Zweitens können gar nicht so wenige Fragestellungen und Erkenntnislücken, mit denen es die Forschung in den Internationalen Beziehungen zu tun hat, durch genaue Betrachtung der Außenpolitik eines global vernetzten Landes wie Deutschland forschungseffizient angegangen werden.

Das Buch von Ulrich Roos ist dafür die Probe aufs Exempel. Es basiert auf einer exzellenten Frankfurter Dissertation, die man mit beträchtlichem Gewinn durchstudiert. Auch wenn sich beim zweiten Lese-Durchgang eine Menge kritischer Einwände in den Vordergrund schieben, muss von dem Respekt für die Leistung des Autors nichts zurückgenommen werden. Worum geht es ihm? Um nicht weniger als eine Offenlegung, Darstellung und Kritik dessen, was er die „grundlegenden Handlungsregeln“ der deutschen Außenpolitik zwischen 1990 und 2007 nennt, also die aus der Kombination von politischem Weltwissen der entscheidenden Akteure und ihren materiellen und immateriellen Zielvorstel-